

BERLIN EXTRA

23. Sept. 81

Das ist auch unsere Stadt

Benno Ohnesorg, Rudi Dutschke, Georg von Rauch — und jetzt ein Achtzehnjähriger, tot im Zusammenhang mit den Häuserräumungen. Seinen Namen hat die Polizei noch nicht einmal bekannt gegeben. Aber natürlich muß er von auswärts sein. Dies Art der Feinderklärung und diese Bereitschaft zur Menschenvernichtung gegen die, die den Anspruch auf

Demokratie einklagen, mit anderen Lebensformen experimentieren, Widerstand gegen soziale Ungerechtigkeit leisten, hat Tradition in diesem Land. Das lehrt uns nicht erst eine Preußen-Show. In diesem Sinne bleibt Rest-Berlin wahrhaft die Hauptstadt unseres Landes. Die Berliner Linie der Unvernunft hat ein weiteres Menschenopfer gefordert.

Dem Innensenator Heinrich Lummer ist es gelungen, die innerstaatliche Feinderklärung — diesmal gegen die Instandbesetzer — als militärische Politik in erobertem Gebiet umzusetzen und sich dabei in Szene zu setzen. Es war eine unerträgliche Provokation, das Fenster eines friedlich geräumten Hauses zur Siegerpose zu nutzen. Hier geht es nicht um die persönliche Eitelkeit eines Senators. Die Sache hat System. Der CDU-Minderheitssenat hat mit der Räumung zwei Tage vor der Abgeordnetenhaus Sitzung, auf der er — mit dem Fehlen eines Gesamtkonzepts für die besetzten Häuser — seinen wohnungspolitischen Bankrott hätte erklären müssen, das Parlament ausgeschaltet.

Die Fraktionen der SPD und FDP ließen sich das gefallen. Kein einziger Volksvertreter aus diesen Parteien hat den Antrag der AL auf eine Sondersitzung des Abgeordnetenhauses unterstützt. Jeder einzelne muß sich fragen lassen, ob er oder sie mit dieser billigen Haltung, die CDU erst mal die Drecksarbeit erledigen zu lassen, um sich dann im Nachhinein um so wirkungsvoller distanzieren zu können, diesen Tod mitverantwortet. Wenn Lummer es sich leisten kann, in zynischer Kalkül das tote Opfer zum Schuldigen zu erklären, muß man sich nicht wundern, daß er eine Polizei hat, die diese von langer Hand

geplanten Räumungen nach dem Motto 'Wo gehobelt wird, da fallen Späne' vorbereitet hat. Opfer unter Demonstranten werden da als Feindverluste gezählt.

Diese Praktiken müssen Wut und Verzweiflung hervorbringen. Wieviel Besonnenheit und Mut gehörte gleichzeitig zum gewaltfreien Widerstand während der Räumung der Häuser; wieviel Zivilcourage dazu, mit einer Schweigeminute auf der Kreuzung Potsdamer/Bülowstraße des Toten zu gedenken, sitzend, einen Polizeiangriff fürchtend, der dann auch kam.

Diese Menschen stehen für eine andere Politik. Sie wollen selber handeln. Auch wenn man sich dabei wie bei jeder ordentlichen Arbeit die Finger schmutzig macht. Sie wollen anständig wohnen und stoßen dabei auf Spekulantensumpf und Eigentumsfetischismus; sie wollen anders leben und arbeiten und stoßen dabei auf ein Kartell von Vorurteilen, Haß und Privilegien — kurz unsere Gesellschaft.

Immer behauptet der Senat, Politik für die Mehrheit zu machen und denunzierte uns als Minderheit. Minderheit oder Mehrheit, wir meinen: Politik darf nicht gegen die Bevölkerung gemacht werden. Wir lassen uns diese Stadt nicht nehmen. Wir wollen hier leben. Und dafür gibt es politische Minimalbedingungen: Lummer muß weg.

Lummer auf einer Pressekonferenz im Rathaus Schöneberg zum Tod des Demonstranten am 22.9.1981

„Ich sagte, daß ein solcher Unglücksfall sicherlich jeden betroffen macht und ich fühle mich besonders belastet dadurch, obwohl ich auf der anderen Seite keine Veranlassung habe, irgendetwas festzustellen, das in meinem Verhalten nicht in Ordnung wäre. Diese Räumungen waren geboten und wenn man schon die Frage erweitert, die sie gestellt haben — nicht nur bezogen auf die Gefühlswelt, in der man sich befindet, sondern womöglich im Hintergrund

die Frage der Schuld, dann allerdings beantworte ich sie eindeutig: Sie liegt bei denjenigen, die mit Gewalt überhaupt begonnen haben und die fortwährend in den letzten Monaten — ob wir geräumt haben oder nicht — Gewalt praktiziert haben. Selbst Friedensdemonstrationen sind zum Anlaß für Gewalt genommen worden und wer diese Saat gesät hat, der muß sich fragen, wer die Schuldigen sind.“



Lummer während seiner Pressekonferenz im geräumten Haus Bülowstr. 89
Fotos H.U. Camies (2)



Der im Sterben liegende Klaus-Jürgen Rattay zur selben Zeit auf der Potsdamer Straße



Foto Ralf Rieth

Das ist auch unsere Stadt	S. 1
Augenzeugenberichte	S. 2
Räumung NEUE HEIMAT	S. 3
Trauer und Wut Alternativkonzepte	S. 4



Erster Hilfeversuch

AUGENZEUGENBERICHT

Ab 10 Uhr bis gegen 13.30 Uhr wurde das Haus Bülowstrasse 89 mit passivem Widerstand der Bewohner und Unterstützer bzw. Paten durch die Polizei geräumt. Vor dem Haus waren ca. 200 Leute, unter ihnen inzwischen freigelassene Instandbesetzer, Paten und Unterstützer. Gegen 11 Uhr kam aus Richtung Nollendorfplatz ein Wasserwerfer und spritzte ohne erkennbaren Grund mit chemisch angereichertem Wasser weit vor dem Haus Bülowstrasse 89 (auf der Höhe der Apotheke) auf Bürger und einen Radfahrer. Die Menge reagierte mit Pfiffen und Buh-Rufen - sonst nichts.

Bis zum Erscheinen Lummers gegen 14.00 Uhr war die Situation auf beiden Seiten ruhig. Lummers provozierendes Erscheinen löste heftiges Pfeifkonzert und weitere Parolen aus („Lummer raus aus unserem Haus“) - weiter nichts. In dieser Situation erschien ein weiteres massives Polizeiaufgebot. Der Einsatzleiter formierte seine Polizisten. Gleichzeitig drängten die Polizisten vor dem Haus die Menge ohne Aufforderung vom Mittelstreifen unter der Hochbahn auf die nicht gesperrte Fahrbahn. Hierbei ist ein Mensch durch Knüppelinsatz verletzt worden. Im gleichen Moment wurde nach einer kurzen und nicht verständlichen Aufforderung, die Bülowstrasse zu räumen, die Menge, bevor sie Gelegenheit hatte, dieser Aufforderung nachzukommen, durch die sofort knüppelnden Polizisten in Richtung Potsdamer Strasse getrieben. Durch diese Situation entstand sofort eine Panik, in der die Leute auf die nicht gesperrte und verkehrsreiche Kreuzung Potsdamer/Ecke Bülowstrasse gedrängt wurden. An der Ecke der Commerzbank Bülow/Ecke Potsdamer Strasse war ein Polizeitrupp vorgeschoben. Ein BVG-Bus der Linie 48 E mit dem Kennzeichen B - BV 2270

fuhr von der Haltestelle Bülow/Ecke Potsdamer Strasse Richtung Philharmonie mit hoher Geschwindigkeit los. In dieser Situation sprang der später getötete junge Mann über ein Gitter vom Mittelstreifen (am türkischen Basar) und rannte auf den gegenüberliegenden Mittelstreifen (Würstchenbude) zu. Dabei wurde er von dem Bus in voller Fahrt erfasst, schlug mit dem Kopf gegen die Windschutzscheibe, die dabei zu Bruch ging. Der junge Mann rutschte vor das linke Vorderrad des Busses. So wurde er mit dem Bus ca. 80 m mitgeschleift. In diesem Augenblick versuchten Passanten aus der Menge mit Schreien, Faustschlägen und Steinen den Bus zu stoppen. In dieser Situation beschleunigte der Bus nochmals und stoppte nach etwa 80 m, setzt zurück und stieß gegen einen hinter ihm haltenden Bus der Linie 83. Anschließend fuhr er in Richtung Kleistpark. Einige Polizeibeamte kümmerten sich um den Bus, liessen den Schwerverletzten liegen, um den sich sofort 3 - 5 Personen kümmerten. Nachdem der Bus in Sicherheit war, zogen sich die Polizeibeamten in Richtung Bülowstrasse zurück. Andere Polizeitrupps versuchten dann immer wieder, die erste Hilfe zu verhindern, indem sie die Potsdamer Strasse in Richtung Kurfürstenstrasse zu räumen versuchten. Zu diesem Zeitpunkt lebte der Getötete noch. Inzwischen bemühte sich ein Mann um Rettung des Schwerverletzten durch eine Infusion. Gegen 14.20 Uhr erschien ein Notarztwagen und brachte den inzwischen Verstorbenen weg.

Dieser Bericht ist belegbar von sechs namentlich bekannten Augenzeugen sowie durch drei Fotografen. Ihre Aussagen werden inhaltlich gedeckt und ergänzt durch ca. 30 weitere Zeugenaussagen, die ihre Beobachtungen dem Ermittlungsausschuss Mehring-Hof mitgeteilt haben ■

Herrn
Bischof Kruse

Bachstr. 1-2
1000 Berlin 21

Christian Müller
Pfarrer für
die Seelsorge
an Nichtgehörten
Rudower Str. 176a
1000 Berlin 47

22.9.1981

Sehr geehrter Herr Bischof,

Als Augenzeuge der Ereignisse, die sich um die Räumung des Hauses Bülowstr. 89 in Schöneberg heute abspielten, wende ich mich an Sie, um Sie davon zu informieren und mit der Bitte, Ihren ganzen Einfluss geltend zu machen, damit sich Ähnliches nicht wiederholt.

Im Haus Bülowstr. 89 wohnten seit Anfang März auch einige Obdachlose. Von daher bin ich mit der Entwicklung im Haus vertraut. (...) In der Beratungsstelle des Diakonischen Werkes in der Levetzowstr. erfuhr ich heute vormittag, daß die Bülowstr. 89 geräumt werde. Daraufhin fuhr ich dort hin. Die Situation dort war ruhig. Die eine Fahrbahn war durch Polizei abgesperrt. Nach und nach wurden Besetzer und Paten aus dem Haus geführt, ihre Personalien aufgenommen und dann freigelassen. Nach deren Aussagen verlief auch die Räumung innerhalb des Hauses relativ ruhig. Jede Gewaltanwendung von Seiten der Bewohner unterblieb. Einige ließen sich heruntertragen. Dabei sei die Polizei teilweise nicht gerade zimperlich vorgegangen.

In zwei Situationen kam es zu einer gereizten Stimmung. Einmal fuhr ein Wasserwerfer auf der anderen Straße vorbei, der mit der Räumung der Bülowstraße nichts zu tun hatte und richtete total unmotiviert seinen Wasserstrahl auf die Leute, die unter der Hochbahn standen.

Das zweite Mal wurde einer der Bewohner, der nicht laufen wollte, von zwei Polizisten quer über den Bürgersteig bis hinter die Absperrung geschleppt.

Insgesamt aber eine äußerst ruhige und nicht aggressive Stimmung.

Der letzte Bewohner war eben aus dem Haus gebracht, da, ich traute meinen Augen nicht, tauchte Herr Lummer mit Fernsehkameras und Presseleuten vor dem Haus auf und ging in das Haus. Dies empfand ich wie alle Umstehenden als eine einzige Provokation. Man konnte Herrn Lummer ab und zu durch die Fenster des Hauses sehen, Fernsehleute gingen auf den Balkon und filmten die Menschenmenge, die sich nun hinter der Absperrung sammelte. Es gab

Sprechchöre, jedoch kam es zu keinerlei Gewalttätigkeiten; es flogen keine Steine. Allerdings holte die Polizei nun auch wieder die Hunde hervor, die sie vor dem Auftauchen des Herrn Lummer eingeschlossen hatte. Ich stand recht dicht von der Polizeikette entfernt (ca. 2 m), als plötzlich ohne jede Vorwarnung und ohne daß ein Grund ersichtlich war, die Polizei mit Schlagstöcken auf uns zustürmte und uns auf die nicht abgesperrte Fahrbahn trieb.

Die Folge war, daß eine kleine Panik ausbrach, die Menschen teilweise übereinander stürzten und vor den anstürmenden Polizisten in Richtung Potsdamer Straße flohen.

Da der Fahrzeugverkehr nicht gestoppt worden war, sahen sich plötzlich Hunderte von Menschen zwischen fahrenden Autos. Ein BVG-Bus, der anfangs noch jenseits der Kreuzung in der Potsdamer Straße gestanden hatte, versuchte noch durch die Menschenmenge auf die andere Seite zu kommen.

Einige vereinzelt Steine flogen nun auch in Richtung der herankommenden Polizisten.

Folge dieser Panik: Ein Mensch wurde von dem Bus überrollt, nach Auskunft von Leuten, die unmittelbar in der Nähe waren, wurde der Verletzte noch einige Meter mitgeschleppt und soll tot sein. Beim Bus wurden einige Fenster durch Steine eingeworfen. (...)

Die Verantwortung für das, was heute nachmittag an der Bülowstraße geschah, trägt allein Herr Lummer. Es ist m.E. nicht nur instinktilos, unmittelbar nach der Räumung, eine Pressekonferenz im geräumten Haus abzuhalten.

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß er im vollen Bewußtsein, Körperverletzungen von Polizisten, beteiligten und unbeteiligten Menschen in Kauf genommen hat, um sich zur Schau zu stellen. (...)

So bitte ich Sie, Herr Bischof, nochmals, bei Ihren Gesprächen mit dem Senat, diese für mich noch vor kurzem unvorstellbaren Ereignisse anzusprechen.

Christian Müller



Wut und Trauer am Tatort

100 Tage CDU-Wohnungspolitik

Alle Parteien hatten zur Wahl eine neue Wohnungspolitik versprochen. Allen voran die CDU. Die „bedauerlichen“ Fehler der Sanierungs- und Modernisierungspolitik sollten schnell beseitigt werden. Den Leerstand von Wohnungen sollte es bald nicht mehr geben. Luxusmodernisierungen sollten unterbleiben. „Instandsetzung sollte grundsätzlich vor Modernisierung“ rangieren. 50.000 Wohnungen sollten in dieser Legislaturperiode neu gebaut werden. Für Kritik und Protest sollte es keinen Stoff mehr geben. Für spektakuläre Instandbesetzungen würde dann der Anlaß fehlen.

Was ist tatsächlich geschehen? Bisher nur bedrucktes Papier! Eine nebelige Regierungserklärung, ein Denkpapier zur Instandsetzungsförderung, ein Nachtragshaushalt, der jetzt dem Parlament vorliegt. Untersucht man das, findet man nichts Neues! Vielmehr wird die altbekannte Politik in dreister Weise fortgesetzt.

Da auch der CDU zur Kostensenkung im Wohnungsbau nichts einfällt, weil man sonst geheiligte Kühn- nämlich kostentreibende Spekulationsanreize - schlachten müßte, werden Neubauprojekte mit zu hohen Kostenmieten-Ansätzen nicht genehmigt. Aus diesem Grund werden in diesem Jahr voraussichtlich 3500 Wohnungen weniger gebaut als vorgesehen. Eine vollständige Bankrotterklärung! Das Baugewerbe stellt sich auf Entlassungen ein, die Gewerkschaft geht auf die Strasse. Es ist nicht abwegig, dass man Häuserräumungen allein deshalb braucht, um über diesen Bankrott hinwegzutäuschen: Die Bauarbeiter,

die Berliner Öffentlichkeit und die 80 000, die nach wie vor eine bezahlbare Bleibe suchen. Und im Modernisierungssektor? Wird dort die Wahlperiode „Instandsetzung geht vor Modernisierung“ tatsächlich umgesetzt? Das erste was die CDU-Vorlage zum Nachtragshaushalt vorsieht, sind Zusatzmittel für Kostensteigerungen in der Höhe von DM 15.000,- pro Wohnung. Ein erster Schritt zur „einfachen Modernisierung“? Was zusätzlich vorgesehen wird, sind die Förderung der Modernisierung von weiteren 600 Wohnungen, jeweils mit einem Aufwand an Steuermitteln von DM 90.000,- sowie ein noch höchst unklares Instandsetzungsprogramm für 1.000 Wohnungen. Alles dies sieht nicht so aus, als ob eine neue Modernisierungspolitik im Interesse der Mieter begonnen wurde, vielmehr wird den Modernisierungsgesellschaften weiter das Geld nachgeworfen, damit sie weiter entmieten, zerstören und dann aufwendig reparieren können. Das jedenfalls ist die

bisherige Tendenz. Was wurde noch versprochen? Umsetzungskonzepte für alle leeren Mietshäuser und Alternativangebote für Besetzer. Zu sehen war davon bisher nichts. Diskussionen zwischen Besetzern und Verwaltungsvertretern verliefen peinlich unkonkret, in der Regel wurden bewohnte Häuser als Umzugsalternativen angeboten und auf die Frage, wie ein Vertragsmodell aussehen könnte, wurden heute diese und morgen jene Mietpreis- oder Pachtzinsangaben gemacht. Ein konkreter Schritt in eine konstruktive Richtung ist bisher nicht bekannt. Aus Kreisen des Senats verlautet, dass die seit Juni amtierende CDU-Regierung bisher erst 9 Modernisierungsverträge abgeschlossen und unterschrieben hat. 8 von diesen Unterschriften waren nötig, um endlich in der Räumungsfrage Profil zeigen zu können. Bei dem Vollzug dieses zynischen Schritts - dem ersten der neuen Politik? - waren wir Zeu-



Kommentar

Statt des Versuches einer möglichst präzisen Darstellung des Ablaufes wurde in der offiziellen Schilderung das Opfer zum Täter eines selbst verschuldeten »Selbstmordes« gemacht. Demgegenüber ist anhand der Zeugenaussagen festzuhalten:
1. Die Bülowstraße wurde in Richtung der Kreuzung Potsdamerstraße geräumt ohne daß es hier zuvor zu Gewalttätigkeiten gekommen ist.
2. Die Flüchtenden wurden in den fließenden Verkehr auf der Potsdamerstraße hineingetrieben.

3. Der Bus, der den jungen Mann erfasste, war entgegen der offiziellen Darstellung nach übereinstimmenden Zeugenaussagen bis zu diesem Zeitpunkt unbeschädigt.
4. In der offiziellen Darstellung wurde das Opfer als Ausländer oder als Westdeutscher, zudem als aktiver Gewalttäter dargestellt, der den Bus zu demolieren versuchte. Dies sind Elemente eines Feindbildes, mit dem in dieser Stadt schon seit langem Politik betrieben wird. Den Opfern der offiziellen Politik versucht man die Folgen der offiziellen Politik anzulasten.

Bülowstr. 89

Die Räumung des Hauses Bülowstraße 89, die von fünf Minuten nach 10 bis kurz nach halb zwei dauerte, verlief im Großen und Ganzen friedlich. Das lag sowohl am Verhalten der Instandbesetzer als auch am Verhalten der Polizei. Die etwa 15 Instandbesetzer - bis auf drei ausschließlich Jugendliche knapp über 20 - hatten beschlossen, passiven Widerstand zu leisten und sich allenfalls aus dem Haus tragen zu lassen. Sie, ihre Freunde - auch fast ausschließlich Jugendliche in ihrem Alter - und ihre Paten hielten sich an diese Vereinbarung. Alle die im Haus waren - rund 110 Menschen - saßen eng aneinandergeschmiegt im Erkerzimmer und im Berliner Zimmer auf dem Boden und empfingen mit Singen die

Polizisten, die über das Dach auf dem Balkon gelangt waren und mit Knüppeln die Glastür der Balkontür zerschlugen. Immer wieder erklang: „Weht Euch, leistet Widerstand gegen diese Schweine hier im Land, schließt Euch fest zusammen...“ Zeitweise sangen Gruppen dieses Lied im Kanon. Als ein junges Mädchen hemmungslos anfang zu schluchzen und ein Junge aus seinem Gefühl von Hilflosigkeit und Ohnmacht heraus anfang zu pöbeln, immer also, wenn die Gefühle zustark wurden, fing diese ganze große Gruppe an zu singen - teilweise untergehakt oder sich gegenseitig umarmend, körperliche Nähe suchend. Vorspielen kann ich diesen Gesang nicht. Die Staatsanwalt-

schaft hat die Kassette beschlagnahmt. Die Polizisten verhielten sich unterschiedlich. Es wurde sichtbar, daß es noch eine ganze Reihe von Möglichkeiten gibt, Menschen, die sich weigern, wegzugehen, wegzubefördern. So schleiften die Polizisten zum Teil die Instandbesetzer auf den Knien, auf dem Bauch oder auf dem Hintern über den Boden, rissen sie an den Schultern oder Haren hoch, schleuderten oder schubsten sie. Ein großer Teil der Polizisten zeigte aber auch, daß man Demonstranten schmerzfrei, ganz schlicht wegtragen kann. Fast alle Polizisten versuchten die Instandbesetzer vor ihrer - ich sag mal Wegbeförderung - zu überreden, doch von selber zu gehen - mit unterschiedlichem Geschick und

unterschiedlichem Erfolg. Den meisten Polizisten sah man an, wie stark die Wegräumaktion sie menschlich berührte, einige von ihnen retteten sich, so vermute ich, in Grobheiten und Zynismus. Einem Paten schließlich gelang es dankenswerterweise, die Polizei zu bewegen, ihre Schäferhunde, die mit ihrem Bellen Angst und Wut schürten, in ein anderes Zimmer zu bringen. Das zur Räumung. Die Instandbesetzer verließen das Haus Bülowstraße 89, an das sie so viele Hoffnungen geknüpft hatten, in einem chaotischen Zustand. In ihrer Wut und Verzweiflung hatten sie zum Beispiel die gesamten Küchenreste ausgekippt und die Räume, soweit die Zeit dazu reichte, verwüstet.

Die Menschen, die dieses Haus, das der gewerkschaftseigenen Wohnungsbaugesellschaft Neue Heimat gehört, aus überwiegend wohnungspolitischen Gründen besetzt hatten, haben durch diese Räumung auch, so schildern sie es, eine ganz wichtige Lebensperspektive verloren. Die Jugendlichen haben im März dieses Jahres eine Reihe von Nichtseßhaften in das Haus aufgenommen und diese Nichtseßhaften damit regelrecht von der Straße und vom Alkohol weggeholt. Ein Teil dieser Nichtseßhaften hat bis heute mit den Jugendlichen zusammengewohnt. Eigentlich hatten diese ehemals Obdachlosen nicht auf die Straße zurückgewollt.



Hermsdorfer Str. 4

Das Haus Hermsdorferstraße 4 ist seit dem 24. Februar dieses Jahres besetzt. Es wurde 1961 (!) gebaut und ist dementsprechend gut erhalten. Für die Neue Heimat nicht gut genug - sie bevorzugt einen Parkplatz und eine durchgreifende Modernisierung. Den ganzen Nachmittag und abends vor der Räumung war bei den Besetzern, den Paten des Hauses (Jungdemokraten, Taz und andere) und den einzelnen Unterstützern Hochspannung. Die Gerücheküche servierte abwechselnd „einige Hundschäfen“, „ein paar Wannen“ oder gleich die gesamte Polizei Berlins. 16 Uhr, 18 Uhr, die heißen Tips setzten uns eine Frist nach der anderen. Abends spielte das Cabaret des Westens auf dem Hof für über 200 Leute. Wir vergaßen vor Lachen fast die Angst. Am nächsten Morgen beim Frühstück gab es weitere Gerüchte. Polizeimassen vor der Philharmonie wurden gemeldet. Um 10 Uhr ist (endlich) alles klar. Erst fährt eine Wanne vor's Haus, dann folgten weitere mit 250 Polizisten. Über Lautsprecher gibt die Polizei uns 15 Minuten Zeit zum Verlassen des Hauses. Nach dem „Räumungskonzept“ der Besetzer hieß dies: verbarrikadieren und in die oberen Stockwerke gehen. Die Polizei brauchte fast eine Stunde um hereinzukommen. Sie scheiterte kläglich am Haupteingang, versuchte es dann durch das Küchenfenster, blieb hier aber auch in den verbarrikadierten Räumen stecken. Schweißbrenner und Brecheisen schafften es dann schließlich doch.

Ab 12 Uhr gingen die Verhaftungen los. Altenpflegerinnen, Putzfrauen, Studenten und andere hatten sich mit Berufsbezeichnung auf die Treppe gesetzt, um so gegen die Räumungen zu protestieren. Der Rest der Leute saß in zwei großen Räumen und wartete hier auf die „Befreiungsarmee der Spekulanten“. Einzeln oder zu zweit, manchmal recht hart angepackt, wurden wir - insgesamt 110 Leute - herausgebracht, dann durchsucht, fotografiert und in die Wannen gebracht.

Auf den Polizeistationen dann Verhöre und erkennungsdienstliche Behandlungen. Tatvorwurf: Hausfriedensbruch, Nötigung, Widerstand und Freiheitsberaubung (die Verbarrikadierungen hätten die „Gutwilligen“ am Verlassen gehindert). Um 22 Uhr wurden wir entlassen. Wir sind die ersten aus dem Haus. Alle nach uns haben noch eine lange Nacht in den feuchten Zellen vor sich. Auf dem Weg nach Hause die Nachricht vom Tod des Demonstranten.

Besetzer und Freunde erwarten die Räumung der Winterfeldstraße 20-24



Wem nützt die NEUE HEIMAT ?

Sechs von acht der gewaltsam geräumten Häuser sind Eigentum der Gewerkschaften, genauer: ihrer Wohnungsbau- und Städtebaugesellschaft NEUE HEIMAT. Dieses Unternehmen behauptet von sich selbst, daß es „unmittelbar für die Sicherung und Verbesserung der Wohnversorgung“ arbeite (Jahresbericht 1980). In Gewerkschaftsschriften heißt es sogar, die NEUE HEIMAT solle eine „Gegenmacht“ im Interesse der Arbeitnehmer sein.

In Wirklichkeit spielt die NEUE HEIMAT in Berlin seit langem jedes kapitalistische Unternehmen im Profitsanierungsgeschäft mit. Da werden Mieter mit den üblich-üblichen Tricks aus ihren Wohnungen herausdrangsaliiert, und die Bausubstanz läßt man zerstören oder verrotten, bis eine Luxusmodernisierung mit Staatszuschüssen genehmigt wird. Daß dies alles im Namen der Gewerkschaften geschah, haben sich die Berliner Gewerkschaftsmitglieder sehr lange gefallen lassen. Erst die Instandbesetzer haben jedem deutlich gemacht, daß die gewerkschaftseigene Wohnungsbaugesellschaft aktiv dazu beiträgt, das Wohnen für Arbeitnehmer in Berlin immer schlechter und teurer zu machen.

Als Lummer und sein Senat ein Objekt für demonstrative Räumungsaktionen suchten und dabei

auf die besetzten Häuser der NEUE HEIMAT stießen, kam es zum Schwur: Das Gewerkschaftsunternehmen und damit auch der Berliner DGB mußten entscheiden, ob sie sich auf die Seite der Mieter- und Arbeitnehmerinteressen oder auf die Seite der Macht und des Kapitals stellen wollten. Diese Entscheidung fiel schwer, aber dann war sie eindeutig:

Am Montag, den 21.9.1981, einen Tag vor Lummers Räumungsaktion, lehnte der Berliner DGB-Landesbezirksvorstand einen Antrag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ab, die NEUE HEIMAT aufzufordern, ihre Strafanträge - die zugleich Räumungsanträge waren - gegen die Besetzer der sechs Häuser entgegenzunehmen. Für den Antrag stimmte nur die GEW, die Gewerkschaft Handel / Banken / Versicherungen enthielt sich; alle anderen Berliner Gewerkschaftsvorsitzenden stimmten dagegen.

Lummer hatte damit vom DGB grünes Licht für seine todbringende Strategie erhalten. Diese Mitverantwortung der Berliner DGB-Führung für das, was gestern geschah, kann nicht ohne Nachspiel bleiben. Berliner Gewerkschafter, von denen viele Patenschaften für instandbesetzte Häuser übernommen hatten, werden sich die Kumpanei ihrer Oberen mit

der CDU und den Absahnerern künftig nicht mehr unwidersprochen bieten lassen. Für sie gibt es einige sehr aktuelle Fragen, zum Beispiel:

- Weshalb wollen diese Gewerkschaftsführer (wie Walter Sickert, DGB, und Horst Wagner, IG Metall), die im DGB-Landesvorstand Herrn Lummer grünes Licht gaben, demnächst als SPD-Abgeordnete gegen eben diesen Herrn Lummer stimmen? (Oder wollen sie das gar nicht?)
- Ist es wirklich wahr, daß das Go-in von 20 Jugendlichen am Montag den DGB-Landesbezirksvorstand zu seiner „harten“ Haltung bewegen hat? Wenn ja, warum hat der DGB-Vorstand nicht mit den Jugendlichen diskutiert, statt sich aus Angst vor ihnen seine Vernunft rauben zu lassen und auch noch Strafanträge zu stellen?
- Warum hat sich der DGB-Bundesvorstand in Düsseldorf nicht eingeschaltet, um die Berliner NEUE HEIMAT von ihrer Katastrophen-Koalition mit Lummer abzubringen?
- Und schließlich die wichtigste Frage: Was nützt den Gewerkschaften eine Wohnungsbaugesellschaft, die sich bereitwillig zur Waffe der CDU-Unternehmerpolitik gegen die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder machen läßt?

★ ★ ★ ★ ★ TRAUER UND WUT ★ ★ ★ ★ ★

Schweigemarsch, Totengedenken, Tränengasgeschosse gegen Trauernde

Am Sonntag hatten noch tausende gegen die angedrohten Räumungen der Häuser demonstriert. Heute Abend sammelten wir uns mit Trauerfahnen und Fackeln zu einem unaufhörlich größer werdenden Schweigemarsch am Olivaer Platz. Unser Entsetzen über den Tod von Klaus Jürgen infolge des Polizeieinsatzes, unsere Trauer und unsere Entschlossenheit gegen die menschenverachtende Politik und deren Lügen wollten wir zum Ausdruck bringen.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und die Alternative Liste Berlin hatten spontan dazu aufgerufen, nachdem sie in einer Presseerklärung darauf verwiesen hatten, daß der Tod von Klaus nicht ein Verkehrsunfall, sondern ein politisch verursachter Tod sei; und zwar durch die menschenfeindliche Wohnungspolitik, die zynische Provokation einer Pressekonferenz in Siegerpose im geräumten Haus und dem grundlosen Polizeieinsatz. Immer mehr Menschen schlossen sich dem ruhigen Protestzug an mit Transparenten: „Wieviel Tote braucht Berlin: Benno Ohnesorg, Rudi Dutschke, Georg v. Rauch, Kessim, Klaus...?!“ „Lummer zurücktreten!“ „Lummer Mörder!“ Bis zu 20.000 gingen bis zur Kundgebung am Savignyplatz. Ein ungewöhnliches Gefühl der Würde, der Verantwortung und menschlichen Stärke drückte dieser Schweigemarsch aus. Er drängte von sich aus weiter in Richtung Bülowstraße an den Ort, wo seit dem Todesfall die Polizei Trauernde daran hinderte, Blumen an die Stelle zu legen, wo Klaus umgefahren worden war. Wasserwerfer gegen Weinende, Polizistenstiefel zertrampeln Blumen für den Toten, Lügenmeldungen im Radio... Der Tote soll zum Schuldigen gemacht, die Trauer verhöhnt werden.

Doch die Kraft der Bewegung, die zur Bülowstraße ging, ist eine andere, als die Gewalt der Banken und der „Neuen Heimat“, an deren Protz-Bauten wir vorbeizogen. „Wir wollen keine Häuserräumung, Bullenterror, Staatsgewalt - Technokraten, Bürokraten, eure Herzen, die sind kalt!“ sangen einige leise vor sich hin. Zwischen dem Schweigen wieder der Ruf: „Räumt die Knäste, nicht die Häuser!“

Zwischen 21 und 22 Uhr sammelten sich mehrere tausend Leute unter dem Bülowbogen vor dem Ort des tragischen Todes - das Opfer einer Bürgerkriegspolitik des CDU-Senats. Wir setzten uns ruhig auf die Kreuzung, eine ungeplante Gedenkstunde entstand, Lieder wurden laut, Blumen hingelegt. Wir gehörten dort hin, die Normalzeituhr war schon zerschlagen.

Mitten in die Gedenkrufe hinein führen plötzlich mehrere Polizeiwagen von der Bülowstraße auf die sitzende Menschenmenge los. Tränengasgeschosse wurden ohne irgendeine Vorwarnung auf die Trauernden geschmissen, derart massiv, daß wir aufspringen und im Schrecken verhindern mußten, unsere Nachbarn umzurennen in der Enge im Tränengasqualm. „Wir wollen keinen Krawall! Laßt uns in Frieden!“ rief unentwegt ein junger Mann an der Ecke Potsdamer Straße.

Wir wurden vom Tränengas fast blind, suchten nach einem Nachhauseweg, konnten es nicht fassen, daß an der selben Stelle nun einige Stunden später die um den Toten Trauernden von Polizei und Tränengas gejagt und eingekesselt wurden, als wären sie eine Rauschgiftmafia. Der Schweigezug ist plötzlich im polizeilichen Sperrgebiet. Nach allen Seiten durch die Tränengaschwaden und unter den Pöbeleien einiger Balkonbesitzer ist nur schwer ein Ausweg zu finden. Dort, wo gerade noch Tausende ruhig saßen, rasen jetzt Polizeiwagen. Einer kommt Richtung Pallas/Goebenstraße im vollen Tempo ins Schlingern - lebensgefährlicher Polizei-Verkehr.



Jetzt erst recht: Alternativkonzepte

„Die Häuser sollen leben. Mit Euch. Kommt massenhaft. Wir haben angefangen, an den Häusern zu arbeiten. Wir machen weiter. Mit Euch. Wir haben angefangen zu leben, zu lachen, zu feiern, zu reden, zu träumen. Wir machen weiter. Mit Euch.“ (Aufruf der Instandbesetzer)

Von diesem Aufruf ist nichts zurückzunehmen. Obwohl der Senat darüber informiert war, daß die Instandbesetzer an Alternativkonzepten arbeiteten, und diese am 29. 9. im Haus der Kirche vorstellen wollten, hat er räumen lassen. Er hat damit gezeigt, daß er nicht fähig oder nicht willens ist, sich inhaltlich und konstruktiv mit Argumenten auseinanderzusetzen. Trotz der Räumung werden die Instandbesetzer diese Auseinandersetzung erzwingen. Sie werden öffentlich unter Beweis stellen, daß ihre Alternativkonzepte behutsamer, billiger und besser sind.

Jetzt erst recht!

12 Häuser werden der Öffentlichkeit exemplarisch für jedes einen oder mehrere Aspekte vorführen:

- bauliche Instandsetzung und Veränderungen;
- Rolle des Hauses im Kiez;
- vorläufige Kostenberechnungen;
- alternatives Zusammenleben und -arbeiten;
- investierte Arbeits- und Materialkosten;
- Mitbestimmung im Wohnbereich.

Sie werden zeigen, daß es möglich ist: Instandsetzung und Modernisierung gemäß den Bedürfnissen und unter Einbeziehung der gegenwärtigen Mieter durchzuführen; Gemeinschaftseinrichtungen für den Kiez zu schaffen; alternative Lebensformen auch baulich zu ermöglichen; vieles davon in Selbsthilfe; und das alles mit einem sehr viel geringeren Aufwand an (öffentlichen!) Mitteln als bei der bislang praktizierten Stadterneuerung. Daß dies alles keine Hirngespinnste sind, werden die beteiligten Planungsexperten beweisen.

Die Instandbesetzer werden den Senat Lügen strafen, sie hätten keine Konzepte vorzuweisen. Sie werden die Öffentlichkeit von ihrer Glaubwürdigkeit und der Substanz ihrer Alternativen überzeugen können. Denn: Acht Häuser sind verloren, aber die Alternativkonzepte werden dazu dienen, die politische Front für die Instandbesetzer zu verbreitern.

Acht Häuser sind verloren, aber 149 gilt es um so mehr zu verteidigen. Jetzt erst recht!

Jetzt erst recht!

IMPRESSUM:

Herausgeber:

Patenschaftstreffen u. Alternative Liste

V.i.S.d.P.:

Volker Härtig, Alternative Liste, Pfälzburger Str. 20, 1000 Berlin 31

Satz:

Gegensatz, Taz

Druck: Oktoberdruck GmbH

Auflage:

100.000

Abgabe:

kostenlos, abzuholen im AL-Büro, Pfälzburger Str. 20, 1-31

Fotos Peter Dellin (3)

EXTRA